

# Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-  
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.  
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: P. M. Schmitz.  
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nachfolgende Nummer werden bis 7 Uhr  
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder  
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

## Abonnements

für den Monat December,

zu ¼ des Quartalpreises, können bei allen Postanstalten, bei  
unsern Boten, sowie in der Expedition angemeldet werden.  
Gesellschaft für Buchdruckerei:  
Joseph Breig. P. M. Schmitz.

## Deutschland.

OPC. Berlin, 26. Nov. Ueber die sonderbare Etatsbe-  
rathung vom Donnerstag lassen sich jetzt auch allmählich die  
Offizien vernahmen, suchen aber in recht ungeschickter Weise das  
ungelückte Benehmen von Conservativen und Regierung zu ver-  
theidigen. Die „Nordd.“ wollte gestern das Schweigen der Con-  
servativen damit erklären, daß Herr von Münnigerode durch das  
abschreckende Beispiel Richters zum Verzicht auf das Wort bewogen  
worden sei. Das wäre ein jämmerlicher Grund, und die „Liber-  
alen“ hätten Recht, sich über die Gegner nach Kräften lustig zu  
machen. Auf keinen Fall dürfen die vielen Entstellungen des  
fortschrittlichen Gegners unberichtigt in's Land gehen. Der unge-  
schickte Erklärungsvorwurf wird aber geradezu fahrlässig, wenn die  
„Nordd.“ meint, auch Lasker, Richter und Dr. Windthorst dürften  
aus dem nämlichen Grunde verzichtet haben. Lasker und Richter  
sprechen viel zu gern und zwar recht lange, als daß sie an  
Richter ein abschreckendes Beispiel nehmen könnten. Für Dr.  
Windthorst aber lag noch weniger Grund zum Reden vor; der  
Borredner hatte sich mit dem Centrum kaum beschäftigt. Die  
beiden Erstgenannten verzichteten einfach, weil eine offiziöse Aus-  
lassung der „Nordd.“ heute ganz richtig bemerkt, weil sie nicht im  
Stande waren, zu sprechen, sondern erst am folgenden Tage an  
die Reihe zu kommen vermeinten; die Linke stimmte aber gegen  
die Vertagung, um die Rechte zu zwingen, vor ermüdetem Hause  
sich mit einer vergeblichen Rede abzumühen. Die gewöhnliche offi-  
ziöse Auslassung belagert dann weiter: „Sollte etwa Jemand bei  
der Generaldebatte den Beweis unternehmen, daß die Unfallver-  
sicherung, die einheitliche Regelung des Armentassenwesens, die  
Altersversorgung keine Utopien sind? Dieser Beweis kann nur  
gelingen mit den ausgearbeiteten Vorlagen in der Hand. Alles,  
was jetzt zu sagen wäre, würde nur der späteren Spezialdebatte  
Eintrag thun. Die liberalen Blätter suchen vergebens ihren  
Merger darüber, daß die liberalen Redner alle die schönen Dinge  
nun heruntergeschoben müssen, hinter dem Triumph zu verbergen,  
daß Dr. Richter nunmehr unüberlegt geblieben sei. Die Wider-  
legung, um es nochmals zu sagen, wird kommen und kann nur

kommen bei den Spezialfragen. Jetzt aber ist das Land und der  
Zeitungsläser glücklich dem Phrasenschwall der liberalen Redner  
und den möglicher Weise erbitterten und im Augenblick der Sache  
nicht förderlichen Erwiderungen der rechten Seite entzogen. Man  
muß im Auge haben, daß die ganze liberale Kritik der Botschaft  
auf das bekannte, einst im sächsischen Landtage gefallene Wort  
hinausläuft: Wir kennen die Vorlagen der Regierung nicht, aber  
wir mißbilligen sie. Bei einer solchen Debatte kann nimmermehr  
etwas Kluges und Gutes herauskommen, und der Zufall, der  
für eine für die Schützen mit vollespundeten Köchern so fahrlässige  
Ente bereitete hat, kann nur ein heilamer genannt werden.“ —  
Wir sind der Meinung, daß der Sache der Rechte und der Re-  
gierung besser gedient wäre, wenn man statt solcher halbwarer  
Verlegenheitsausreden einfach betonte, daß nur ein unglücklicher  
Zufall an dem Ausbleiben der Antwort auf die Richter'sche Rede  
Schuld sei und diese Antwort bei der 2. und 3. Beratung sicher  
erfolgen werde. Wenn Richter die Unfallversicherung, die Alters-  
versorgung, die Armentassenangelegenheit u. kritisierte konnte,  
ohne die Vorlagen im Einzelnen zu kennen, warum konnte die  
Rechte nicht ebenso gut diese Kritik widerlegen? Die „Kreuz-Ztg.“  
nennt das Ereigniß vom Donnerstag ein zwar unbeabsichtigtes,  
aber immerhin nicht unwillkommenes, weil dadurch verhindert sei,  
daß auf einem Umwege eine Erwiderung auf die Thronrede her-  
beigeführt werde und das Land nichts dabei gewonnen haben  
würde, wenn gewissermaßen eine Fortsetzung der bereits in der  
Wahltagitation so reichlich genossenen Diskussion in den Reichstag  
selbst verlegt worden wäre, noch dazu in dem von Richter ange-  
schlagenen Tone. Das sieht zwar etwas besser aus, aber ver-  
gleichende Gründe vermissen nicht den peinlichen Eindruck der  
Ungeschicklichkeit oder des Unglücks vom Donnerstag. — Der „Post“  
wird offiziös geschrieben: Die Entrüstung Herrn Eugen Richter's  
gegen die fahrlässige Botschaft ist um so wunderbarer, als die  
Flugblätter der Fortschrittspartei in der letzten Zeit das Thema  
erörtern: „Wir wollen von den Hohenzollern regiert sein, nicht  
von Bismarck.“ Offenbar galt dies nur für den Fall, daß sich  
für Hohenzollern auf dem Throne gegen den Kaiser erklärt;  
für denselben einzutreten ist ihm nicht erlaubt.“ —  
Die Bemühungen, Fortschritt, Volkspartei, Sezessionisten  
und National-Liberalen fester mit einander zu verknüpfen und die  
vielfarbigen „große liberale Partei“ thatsächlich zu grün-  
den, scheinen so ziemlich gescheitert zu sein. Was die diesbezüg-  
lichen Verhandlungen erreicht haben, darüber liegen heute in  
„liberalen“ Blättern einige Nachrichten vor. Die Parlamentarier  
der Linken wollen den Versuch machen, einen geselligen  
Vertehr — bisher konnten, wie das „Berl. Tag.“ sagt, Richter  
und seine Parteigenossen nicht dabei sein, wenn Döhrn und  
seine Freunde ein Glas Wein trinken wollten — unter einander  
anzubauen. Allmählich sollen jetzt Zusammenkünfte von Mit-  
gliedern der genannten Parteien im Kaiserhof stattfinden, zu  
denen die Einladung von den Herren Frhr. von Baullieu-  
Marconay (nat.-lib.) Herz (Fortschritt) und Dr. Döhrn  
(Soz.) unterzeichnet ist. Schwierig werden die Parteien über  
den „geselligen Vertehr“ hinauskommen. Fortschritt und Volke-

partei stehen doch zu weit von den National-Liberalen, und Herr  
v. Döhrn, der gewiß noch nicht allen Aspirationen und  
der Hoffnung auf ein Zusammengehen mit der Regierung entzagt  
hat, wird sich hüten, sich durch solche Freunde zu compromittiren.  
Und wie können die Sezessionisten und deren Führer sich Döhrn-  
sen nähern, von dem sie sich so scharf getrennt haben? — Eine  
engere Verbindung dürfte jedoch zwischen Fortschritt und  
Sezessionisten hergestellt werden. Wie das „Berl. Tag.“  
berichtet, hat die Fortschrittspartei einmütig beschlossen, bei der  
Debatte über den Hamburger Zollarschluß am Montag womög-  
lich gemeinsam mit den sezessionistischen Freunden vorzugehen.  
Zwei Commisars, Haenel und Schme, sind ernannt, um mit den  
Commisaren der andern Gruppe über die gemeinsame Haltung  
zu berathen. Eine ähnliche kommissarische Berathung soll bei  
allen wichtigen Anlässen stattfinden. Sind diese beiden Fraktionen  
erst geeint, so hofft man auf den baldigen Anschluß der anderen  
liberalen Parteien. Wenn nur die Fraktionsführer mit ihrer  
Eiferfucht nicht wären!

Die Budgetkommission hielt heute ihre erste Sitzung  
ab. Sie genehmigte zunächst die ihr überwiesenen Titel des  
Staats des auswärtigen Amts; der Ankauf eines Gebäudes  
für den Consul in Canton wurde bewilligt unter der Voraus-  
setzung, daß Nachforderungen dieserhalb nicht erfolgen werden.  
Bei den Einnahmen dieses Staats wurde verschiedentlich für die  
Zukunft eine übersichtlichere Darstellung dieser und ähnlicher Po-  
sitionen gewünscht. Beim Etat der Reichsjustizverwaltung  
blieb eine Anfrage über den Bau des Reichsgerichtsgebäudes in  
Leipzig wegen mangelnder Information des Regierungskommissars  
unbeantwortet; der Etat wurde bewilligt. Ebenso der Etat des  
Rechnungshofs, der für neue Beamte verschiedene Mehr-  
forderungen aufweist; auf eine Anfrage, betr. eine Vorlage über  
das Reichsrechnungswesen, wurde seitens der Regierung erwidert,  
daß vorläufig nicht beabsichtigt sei, ein diesbezügliches Gesetz  
vorzulegen. Der Etat des Reichsamts des Innern wurde  
nach kurzer Debatte über die Polarexpedition bewilligt. Ueber  
den Titel „Kosten der Kaiserl. Fischzuchtanstalt zu Gütingen“  
wurde wegen Abwesenheit des Regierungsvorstehers die Berathung  
ausgesetzt. Nach einer Pause wurde der Etat des Reichs-  
heers beraten.

Die Volkspartei hat sich konstituiert; da auch der  
frühere Hospitant der Fortschrittspartei, Abg. Reiter, ihr beige-  
treten ist, zählt sie 8 Mitglieder. Sie hat je 1 Mitglied in die  
Budgetkommission (Haenel) und die Petitionskommission (Reiter)  
entsandt.

Berlin, 27. Nov. Die fortschrittliche „Volkstz.“ enthält  
eine interessante Offerte an das Centrum. Zunächst fährt  
sie aus, man müsse zugeben, daß das Centrum oft im Bünd-  
nisse mit der Fortschrittspartei für Wahrung der Volksrechte ein-  
getreten sei. Jetzt aber habe die Sache sich ganz geändert.  
Das Centrum und die Conservativen, auch Centrum und Re-  
gierung seien sich näher gekommen, da die Katholiken von der  
Regierung erhofften, sie werde ihre Kirchenpolitik ändern. Dann

fahre jetzt zur Stadt zurück. Bis morgen haben Sie Zeit. Als-  
dann komme ich mit Ihrer Antwort holen. Für jetzt habe ich die  
Ehre, mich zu empfehlen.“

Er sagte dies Alles geschmeichelt, aber nicht ohne merkbare  
Räthe. Er hatte Jabelens Antlitz scharf beobachtet, und bei ihrer  
Antwort war ein gewisses Mißbehagen in seinen verschmitzten,  
verschlagenen Mienen hervorgetreten, das in Worte überseht, etwa  
lauten möchte: Wahrhaftig, diese einfaltige Zugenheldin wäre im  
Stande, sich selbst dem Ruin auszuliefern — sie hat nichts von  
Madame Amélie's unternehmendem Geiste und weitem Gewissen,  
sie gehört zu den Thörinnen, mit solchen ist kein Geschäft zu  
machen.

Er hatte sich bei seiner Abschiedsrede erhoben und bot Ja-  
belle die Hand. Von Thränen geblendet, sah oder wollte diese  
das nicht sehen.

„Ich danke Ihnen dafür, daß Sie zunächst mir die Mitthei-  
lung machten,“ — sagte sie tonlos. „Wir werden Ihnen er-  
kenntlich sein und hoffentlich morgen die Sache ordnen können.  
Noch sehen Sie mich durch das Bernommene völlig betäubt!“  
Hielten Sie sich Madame; es wird morgen besser sein. Ich  
stehe Ihnen alsdann zu Diensten.“

Er verbeugte sich wieder und ging.

Sobald die Thüre sich hinter ihm geschlossen, brach Jabelle  
in ihrem Sessel zusammen. Sie hätte aufschreien mögen vor  
wildem Schmerz. Angesichts dieser neuen Enthüllung fand sie  
sich rathlos. Sie war ganz allein. Goeth war hinüber zu den  
Mittelwohnern gegangen, um dort den Abend zu verbringen.  
Ihre Abwesenheit war Jabelle lieb, das arme Kind mußte ge-  
schont werden, dagegen vermischte sie Leo schwer. Derselbe be-  
fand sich auf einer kleinen Geschäftstour und konnte vor andern Mor-  
gen nicht zurück erwartet werden. Es dünkte ihr erdrückend, so  
lange die neue furchtbare Sorge tragen zu sollen — sie kam sich  
fast vor, wie eine an dem Betrug Mitschuldige, obwohl sie erst  
seit einer Stunde davon wußte. Keinen Augenblick fand der von  
Dörner angeregte Gedanke, ein betrügerisches Spiel zu treiben  
und die Wahrheit zu verbergen, Eingang bei ihr — aber die  
bittere Nothwendigkeit, Ofen jene Enthüllung machen zu müssen,  
drohte ihr wie ein Gespenst. Plötzlich bemächtete sich ihrer eine  
neue, jähe Angst. Sie kannte ja Dörners Gemeinheit genügend,  
deshalb trat ihr der eigenthümliche Ton, in dem er zuletzt ge-  
sprochen, beängstigend in's Gedächtniß. Wie wenn der perfide Pa-  
tron heute noch, statt nach der Stadt — nach Offenrode fuhr,

## Das Geschlecht der Reichenan.

Novelle von M. Ludloff.

(Fortsetzung.)

46) Die arme Jabelle erinnerte sich sehr genau. Todtenbleich  
war sie den wortreichen Erklärungen ihres grausamen Peinigers  
bis her gefolgt. In der steten Erwartung, daß irgend ein Schlag  
für sie kommen werde, hatte sie nicht gewagt, den Sprecher zu  
unterbrechen; auch jetzt starrte sie ihn wortlos an. O, sie er-  
innerte sich sehr genau, wie Wolfgang ihren Schmutz nach Paris  
kommen ließ, weil er behauptete, derselbe müsse anders, und zwar  
theils für sie, theils für Goeth passend gefärbt werden. Sie hatte  
eine neue Fassung überflüssig gefunden, sich jedoch nach seinem  
Willen gefügt; sie hatte sich selbst damit zufrieden gegeben, als  
unter der Bemerkung, für Goeth solle ein ganz neuer Schmutz in  
der Vaterstadt bestellt werden, nur ein Theil ihrer Juwelen  
zurückkam. Sie kam auch mit dem Wenigern aus — daß dies  
aber unacht beheimkehrte, davon hatte sie nicht die leiseste Ahnung  
gehabt, und in dem Gedanken, daß sie diese Täuschung in den  
feinsten Gesellschaften getragen, färbten sich jetzt noch ihre Wan-  
gen mit Schamröthe.

Es sollte aber noch besser kommen. Ihr Peiniger gönnte ihr  
nur etwas Zeit, um seine Mittheilungen zu verkosten.

„Sie müssen unendlich reich gewesen sein an Juwelen, Frau  
Commerzienrath; denn selbst Madame Dufaur kannte über die  
zweite Sendung, welche Ihr Herr Gemahl ein Jahr später, nicht  
lange vor seinem Tode, uns durch eine Vertrauensperson zusandte.  
Er verpfändete sie bis diesen Herbst und bestellte vollständige  
Imitation. Dieselbe machte einige Schwierigkeit, denn der Schmutz  
war so alterthümlich, aber süßerb. Gewiß ein Erbstück der  
Familienjuwelen aus Ihrem Elternhause? Ich dachte das wenig-  
stens, weil sich unter den Pretiosen in den modernen Stui's  
gelegentlich ein solch antikes Stück fand, bei dem aus den Steinen  
eine Freiberrakrone geformt war. An einem der kostbaren Colliers  
entdeckte ich auch im Innern des Schloßes wieder dieselbe Krone  
nebst den verschlungenen Initialen: S. v. O. Es ist dies gewiß  
ein dem Reichenan'schen Familieneschmuck zugehörtes Stück, oder  
sollte die Initialen etwa — Sibylle v. Ofen heißen? und sämt-  
liche Juwelen diejenigen des Baron v. Ofen sein? Während dessen  
Reisen waren dieselben ja wohl, wie mir Gertrud gesprächsweise  
berichtet hat, in der Dank deponirt?“

Nun war der Schlag gefallen; er traf hart. Ein plötzliches,  
grelles Licht leuchtete vor der gewählten Frau auf. Sie wußte,  
daß dieser zuletzt verpfändete Schmutz nicht der ihre gewesen —  
es mußte derjenige Ofen's sein. Das Gefühl der Schmach über-  
wältigte sie, sie begrub ihr Gesicht in den zitternden Händen.

Aus Moniteur Dörners lauenden Augen bligte Triumph.

Er hatte sein Opfer genau beobachtet, und was bisher nur fähne  
Combination gewesen, wurde ihm jetzt zur Gewißheit.

„Ja,“ sagte er nunmehr kalt und scharf: „Wir wollen keine  
weiteren Umschweife mehr machen. Herr Wolfgang Edelheim hat  
die Ofen'schen Juwelen verkauft und verpfändet. Die Ein-  
lösungsfrist geht mit nächstem Monat zu Ende — wir hätten sie  
schon längst abgeben können, aber ich wollte das nicht;  
denn Sie müssen wissen, Madame, ich bin jetzt der Besitzer des  
Dufaur'schen Geschäfts — mein alter Principal Rath vor Jahres-  
frist und ich habe die Witwe geheirathet. Als nunmehriger Chef  
besitze ich natürlich genaue Kenntnisse über unsere Kunden, zu  
welchen, wie ich die Ehre hatte, Ihnen zu erklären, der Herr  
Commerzienrath zählte. — Ich hätte jetzt mit ihm Abrechnung  
halten können — leider hat er sich derselben entzogen. — Es  
bleibt mir freilich noch, direct Herrn v. Ofen über den ihm ge-  
spielten Betrug aufklären zu können — indeß, Madame, ich sagte  
es Ihnen schon: Sie waren einst gut gegen meine Kinder —  
Ich bin Ihnen wieder gut. Ich komme zuerst zu Ihnen — wir  
werden hoffentlich einig, die ganze Sache läßt sich begraben, wenn  
ich — schweige. Die Imitation der Steine dürfte so bald nicht  
entdeckt werden, geschieht es in späterer Zeit, so wird der Beweis  
schwer zu erbringen sein, wann der Betrug stattgefunden hat. —  
Ich biete Ihnen mein Schweigen an, was bieten Sie mir dagegen?“

Jabelle erhob sich langsam von der furchtbaren Gemüths-  
erschütterung, aber alle ihre Glieder bebten noch. Sie hatte  
Mühe, einen klaren Gedanken zu fassen, obgleich sie tief die Noth-  
wendigkeit fühlte, auf ihrer Hut zu sein. Sie kämpfte ihre in-  
nere Entrüstung nieder.

„Lassen Sie mir Zeit, Herr Dörner,“ antwortete sie langsam,  
„Zeit bis morgen. Ich muß mit meinen Kindern überlegen, auf  
welche Weise der Herr v. Ofen zugesagte Schaden sich erheben  
läßt!“

Dörner lachte sarkastisch:

„Den Schaden zu erheben — dürfte Ihr ganzes Reichenan  
drauf gehen und dies Opfer“ — seine Stimme senkte sich —  
„wird, wie Sie wohl bedenken mögen, überflüssig, sobald ich  
schweige. Jedoch will ich dies Ihrer Erwägung überlassen. Ich

fährt die „Vollstg.“ fort: „Dass die Thronrede nichts über eine Aenderung der kirchlichen Politik enthält, hat nicht angenehm be-  
rührt, — wenigstens die „Nordd. Allg. Ztg.“ etwaige Scrupel  
hierüber mit dem Bemerkten wegwuschend sucht, dass diese Politik  
für die Reichsregierung nicht vorhanden sei. Reichsgefeße sind:  
Das Gesetz vom 4. Juli 1872 über die Ausweisung der Gesell-  
schaft Jesu aus dem deutschen Reich, und das Gesetz vom 31.  
Mai 1875 über die Ausweisung aller Orden und ordensähnlichen  
Congregationen mit Ausnahme der Krankenpfleger, der § 130a.  
Absatz 1 des Strafgesetzbuchs vom 10. Decbr. 1871 und Absatz  
2 vom 26. Februar 1876 über Einperrung von Religionsdie-  
bahren, welche in Ausübung ihres Berufes staatsfeindlich handeln.  
Die Strafgesetznovelle vom 25. Februar 1875 ist von der ge-  
samten Fortschrittspartei, der Absatz 1 des § 130a. Str.-G.-B.  
ist von Laster und zwölf Mitgliedern der Fortschrittspartei, dar-  
unter Klotz, Eugen Richter, abgelehnt worden. Das Jesuitengesetz  
hat gleichfalls ein Theil der Fortschrittspartei, darunter Banks,  
Dunder, Herz, Goversbed, Klotz, Wiggers und Ziegler, ferner  
Kaster, Bamberger, Währ, zurückgewiesen. Jedes Ausnahmegefeß,  
das sich gegen bestimmte Berufsclassen, gegen politische oder reli-  
giöse Ueberzeugungen wendet, halten wir für verwerflich; auf  
dem Boden des gemeinen Rechts muß der Kampf gegen jedes  
Unrecht, jede Ausbreitung aufgenommen werden; wird gegen  
die Rechtsordnung ein Vergehen verübt, dann mögen die Straf-  
gesetze dagegen eine Handhabe bieten, nicht aber erfordert es ein  
Ausnahmegefeß für eigens konstruirte Vergehen: Ueberzeugungen  
dürfen nicht verfolgt werden, sondern Handlungen, und für diese  
kann das gemeine Recht ausreichen oder ausbreitend gemacht wer-  
den. Die Meinung haben wir stets vertreten und vertreten wir  
weiterhin, und es bedarf unseres Grachtens für das Centrum  
nicht des Pacifizens mit den Conservativen zum Schaden des ge-  
samten Volkes, um diesen Grundrissen eventuell durch eine von  
ihm veranlaßte Revision dieser Gesetze zum Siege zu verhelfen.  
Nicht mit Unrecht fragt der „Westf. Merk.“ zunächst nur mit dem  
faustlichen Dictum: „Was kannst Du armer Teufel bieten?“ No-  
torisch ist es ja, daß das Gros der Fortschrittspartei aus argen  
Culturkämpfern besteht, die ganz anders denken, wie die „Vollstg.“,  
und die für die Maßgefeße, den Rangparagrafen etc. etc. höf-  
lichen Herzens gestimmt haben. Dann aber kann auch nicht be-  
stritten werden, daß wir mit der Fortschrittspartei und der Volks-  
partei überhaupt zu wenig Berührungspunkte haben, um eine  
Alliance mit ihnen einzugehen, auch wenn sie in Culturkämpf-  
fragen alle so dächten, wie die „Vollstg.“. Um die vielen Diffe-  
renzen zwischen uns und der Fortschrittspartei anzudeuten, brau-  
chen wir nur kurz die Worte zu nennen: Schulpoll, Börsensteuer,  
Handwerks-Zinnungen, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Grundsteuer.  
Die können wir mit Männern zusammengehen, die in all diesen  
wichtigen Fragen Ansichten haben, welche den unserigen diametral  
entgegengesetzt sind? Ebenso halten wir die fortschrittlich-volks-  
parteilichen Thesen über den Culturkampf in vielen Fällen für  
Krochilskährnen. Wir haben's oft genug erfahren, wie Abg.  
Sonnemann in seinem Blatte, der „Zitt. Ztg.“, die Culturkampfs-  
politik der deutschen Regierung angreifen, aber über die Cultur-  
kampfspolitik der franz. Republikaner unendliche Plaudereien des Lobes  
singen ließ. Man wende nicht ein, die Franzosen hätten eine  
andere Politik getrieben! Auch die Maßgefeße involvirten Aus-  
nahmemaßregeln in des Wortes verwegener Bedeutung, und die  
gombettische „Republ. Française“ lobt noch neuerdings sehr ent-  
schieden die „Vollstg.“ Kirchenpolitik. Der Unterschied ist nur der:  
die „Zitt. Ztg.“ macht der von ihr scharf bekämpften kaiserlichen  
Politik überhaupt Opposition quoad mema, während sie an ihren  
Freunden, den französischen Republikanern, alles gut und schön  
findet. Man sollte nur einmal sehen, wie schnell die Schulen reli-  
giöslos und wie die Kirche bedrückt würde, wenn bei uns die  
Fortschrittler und Demokraten zur Herrschaft gelangten.  
— Der Minister des Innern v. Ruitamer hat folgende  
Verfügung erlassen: „Berlin, 20. November 1881. Es scheint  
geboten, den Wortlaut der allerhöchsten Verfassung Sr. Ma-  
jestät des Kaisers und Königs, mittelst welcher der Herr  
Reichskanzler am 17. v. Mts. den Reichstag eröffnet hat, zur  
allgemeinen Kenntniß der Bevölkerung zu bringen. In diesem  
Behufe erachte ich es für zweckmäßig, daß diese allerhöchste Ver-  
fassung in sämtlichen Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken  
in Form eines Plakats an den zum Anschlag öffentlichen Be-  
kanntmachungen bestimmten Stellen angehängt werde. Sofern  
letztere in einzelnen Landgemeinden und Gutsbezirken nicht vor-  
handen sein sollten, ist darauf bedacht zu nehmen, daß die Plakate  
in den hauptsächlich von den Einwohnern frequentirten Wirt-  
schaften angehängt werden.  
— Das offizielle Communiqué der „Norddeutschen“ gegen die  
Handelskammern findet heute seine Bestätigung durch  
einen im „Reichsanzeiger“ publicirten Erlaß des Handelsministers

um dort seine Kenntnisse zu verkaufen? — Hatte sie ihm doch keinen  
Preis dafür geboten.  
Die Möglichkeit, daß er denselben nun auf anderem Wege ohne  
Zeitverlust suchen könnte, lag nahe, und die daraus entspringenden  
Folgen thürmten sich vor Jhabellens Geist zu wilden Schreckge-  
stalten. Die Enthüllung konnte Osten noch heute nach der Stadt  
treiben, um den Schmutz prüfen zu lassen und den Betrug an-  
zudecken. War aber einmal die Kunde davon in die De-  
finitivität gedrungen, war das Rad einmal in's Rollen ge-  
bracht — dann fiel auch rettungslos Schmutz und Schande über  
ihre Kinder.  
Sie konnte den Gedanken nicht ertragen. Gab es denn gar  
keine Abwehr mehr? Blicke! — wenn sie selbst sogleich nach  
Ostenrode ging, dort die Wahrheit bekannte, Erbschaft anbot und um  
Rückficht für ihre Kinder bat? Dies konnte vielleicht einen allzu-  
raschen Schritt verhindern, welchen der morgige Tag nicht mehr  
ungeschehen zu machen vermochte.  
Thänenlos starrte Jhabell hinaus in's Freie. Es dämmerte  
bereits hart. Das schreie sie nicht. Ostenrode konnte sie in  
einer halben Stunde erreichen; sie konnte ja den nächsten  
Weg. Der Gedanke erstarbte zum Entschluß. Was sich immer  
dagegen in ihrer Seele erhob, das wollte sie überwinden. Sie  
durfte den Stolz nicht sprechen lassen — sie mußte sich demüthigen  
um ihrer Kinder willen. Die Mutterliebe ließ sie die Vergangenheit  
vergesen und das Opfer bringen — als Bittende nach  
Ostenrode zu gehen und die Rückficht des Mannes zu erbitten,  
von dem sie wußte, daß er ihr größte.

(Fortf. folgt.)

Franken Bismarck an die Handelskammer in Gröbenberg in Schle-  
sien. Am Schlusse des Erlasses heißt's: „Indem ich mich auf  
die Beispiele beschränke, um daran die Ungenauigkeit des Berichts  
der Handelskammer in wesentlichen Punkten zu zeigen, bringe ich  
dieselben in Erinnerung, daß es ihre gesetzliche Bestimmung ist,  
die Gesamtinteressen der Handels- und Gewerbetreibenden ihres  
Bezirks wahrzunehmen und die Behörden in der Förderung ihres  
Handels und der Gewerbe durch tatsächliche Mittheilungen zu  
unterstützen. Dieser Bestimmung entspricht die Handelskammer  
nicht, wenn sie, statt mit zuverlässigen und erschöpfenden tatsäch-  
lichen Mittheilungen zu unterbreiten und die sich daraus ergebenden  
Folgerungen und Anträge zur Sprache zu bringen, in ihrem  
Jahresbericht über die Lage der Industrie und über die Wir-  
kungen der Zollreform Urtheile abgibt und Klagen erhebt, welche  
in den tatsächlichen Ausführungen ihres eigenen Berichts und in  
den anderweit bekannt gewordenen Verhältnissen ihres Bezirks  
theils keine Unterlage, theils sogar directe Widerlegung finden  
und dadurch den Charakter tendenziöser Abweichung von der Wahr-  
heit annehmen. Durch ein solches Verfahren kommt die Handels-  
kammer ihrer Pflicht nicht nur nicht nach, sondern sie schädigt  
dadurch den Kredit des Handels und der Industrie ihres Be-  
zirks. Ich fordere die Handelskammer auf, die ihr durch das Gesetz  
auferlegte Pflicht der Berichterstattung und der Vertretung der In-  
teressen ihres Bezirks mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit  
zu erfüllen.“  
— Die offizielle Drohung, die Herausgeber tendenziöser und  
lästlicher Handelskammerberichte gerichtlich zu verfolgen, hat  
die „Köln. Ztg.“ und Consorten sehr verschuppt. Das Blatt  
schreibt: „Man kennt die Vorliebe des Reichskanzlers für Prä-  
prozesse und es ist deshalb zu bedauern, daß er nicht, wie der  
Freiherr von Stein jedem deutschen Staatsmanne es wünschte,  
einige Zeit in England gelebt hat, wo Präprozesse so gut wie  
unbekannt sind.“ Als die Anklageformulare des Reichskanzlers  
meist nur mit ultramontanen Namen ausgefüllt wurden, da er-  
innerte sich die „Köln. Ztg.“ nicht an den Vergleich mit England.  
— Nach einer Zusammenstellung sind folgende sogenannte  
kleinen Belagerungszustände aus Berlin 155, aus  
Hamburg, Altona und Umgegend 195, aus Leipzig und Um-  
gegend 70 Mitglieder der socialdemokratischen Partei ausge-  
wiesen worden. Von diesen haben nachträglich die Erlaubniß  
zur Rückkehr erhalten nach Berlin 6, nach Hamburg 7, nach  
Leipzig 4.  
— Wegen Wuchers ist ein Darlehnsgeber oder Stundungs-  
gewähr nach § 302a des D. Strafgesetzbuchs zu bestrafen, wenn  
er unter Ausbeutung der Nothlage des Darlehns, oder Stun-  
dungsgebers sich von diesem unverhältnismäßig große Vermö-  
gensvorteile verschaffen läßt. Unter „Nothlage“ im Sinne die-  
ser Strafbestimmung ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts,  
11. Strafl., vom 30. September d. J., nicht nur der Nothstand,  
die vollkommene finanzielle Rath- und Ausichtslosigkeit, der abso-  
lute Mangel an Kredit- und Zahlungsmitteln zu verstehen, son-  
dern vielmehr ist Nothlage schon dann vorhanden, wenn der  
Darlehns- oder Stundungsgeber durch seine Verhältnisse zur Auf-  
nahme des Darlehns oder zur Nachzahlung der Stundung, auch  
gegen erhebliche Opfer, genöthigt wird; wenn er auf diese finan-  
ziellen Maßregeln als Mittel zur Ordnung seiner Vermögens-  
angelegenheiten oder sonstigen Verpflichtungen hingewiesen ist,  
sollten auch diese Mittel sich nicht als die letzten und äußersten  
darstellen. Eine augenblickliche Geldverlegenheit vermag deshalb  
sehr wohl eine Nothlage zu begründen, wenn sie, als dem nächst-  
liegenden Mittel der Abwendung, zur Darlehnsaufnahme oder  
Erwerbung einer Stundung führen muß. Ebenso wenig ist zu  
erfordern, daß der Grund der Nothlage und damit die letztere  
selbst objectiver jedem Dritten gegenüber geltender Natur sei; es  
genügt, daß sie dem gegenüber besteht, von welchem das Darlehn  
oder die Stundung nachgefordert wird, und sie wird daher dadurch  
nicht ausgeschlossen, daß der Kredit nur bei einer bestimmten Per-  
son, von welcher Stillschweigen zu erwarten steht, nachgefordert wird,  
um das Bekanntwerden der unglücklichen Vermögenslage in weiteren  
Kreisen zu verhindern, auch wenn dasselbst Aussicht auf Erlangung  
finanzieller Hilfe bestanden hätte. Ein in den Verhältnissen begrün-  
detes Hinderniß, einen anderweitigen ohne oder gegen geringere  
Opfer sonst zu Gebote stehenden Kredit aufzusuchen, kann daher  
sehr wohl eine Nothlage begründen.

Breslau, 27. Nov. Der gestrige Berliner Tages-Expreß-  
zug, welcher um 4 Uhr Nachmittags hier eintrafen sollte, ist beim  
Passiren der englischen Weiche der Station Nothborn um 3 Uhr  
51 Min. entgleist. Die Maschine, der Tender, der Post- und der  
Radwagen stürzten um. Außer einigen Contusionen, welche der  
begleitende Postkutschler erlitten hat, sind keine gefährlichen Ver-  
letzungen vorgekommen. Der Zug traf mit einer Verspätung von  
zwei Stunden hier ein.  
München, 25. Nov. Die Abgeordnetenversammlung hat bei  
der heutigen Beratung des Finanzetats des Dispositionsfonds  
mit 78 gegen 59 Stimmen abgelehnt. Der Abg. Ritter er-  
klärte bei der Beratung, daß die Rechte den wohlthätigen Zweck  
des Dispositionsfonds wohl würdige, daß sie sich aber nicht ver-  
anlaßt sähe, das mißliebige Ministerium zum öffentlichen Ab-  
mosen zu machen.  
Frankreich.  
Paris, 27. Nov. Den Verlauf der Unterredung  
zwischen Gambetta und Chanzy, worüber wir berichteten,  
stellt die Patrie folgendermaßen dar:  
„Herr Gambetta hat mit dem General Chanzy noch eine  
Unterredung haben wollen, um ihn zu bestimmen, daß er sein  
Entlassungsgesuch zurücknehme. Der General folgte aus der  
Einladung des Conseilpräsidenten, und da dieser ihm in gewinnen-  
dem Tone bemerkte, er könne eigentlich gar keinen triftigen Grund  
entdecken, weshalb der General sich zurückziehen wolle, erwiderte  
dieser: „Sie vergessen, Herr Präsident, daß ein Votivschalter eine  
doppelte Mission hat. Einmal soll er die Interessen der Nation  
verteidigen, welche er repräsentirt, und zweitens soll er die Politik  
des Cabinets vertreten, welches ihn beauftragt hat. Es wird mir  
alle Zeit leicht sein, die französischen Interessen zu verteidigen,  
aber es wäre mir, ohne in Widerspruch mit meiner diplomatischen  
Bergangenheit zu gerathen, unmöglich, für die Politik des neuen  
Cabinet einzustehen.“ — „Aber ich weiß nicht“, wiederholte  
Gambetta, „welche Frage uns gar so tief spalten kann.“ —  
Chanzy erwiderte: „Die religiöse!“ — „In diesem besonderen  
Punkte“, entgegnete Gambetta, „kann Sie wohl Recht haben;  
denn ich bin in der That entschlossen, auf kirchlichem Gebiete

energische Maßregeln zu ergreifen.“ — „Nun, sehen  
Sie, Herr Präsident“, rief Chanzy, indem er sich erhob, „wir  
haben schon 25 Minuten verloren, um uns klar zu machen, daß  
wir uns doch nicht verständigen können. Gestatten Sie mir also,  
nochmals um meine Abberufungsschreiben zu bitten!“ — Gambetta  
reichte dem Gaste die Hand und sagte: „Nein, mein lieber General,  
Ihre Abberufungsschreiben gebe ich Ihnen nicht; ich hoffe noch  
immer, daß Sie sich eines Anderen befassen werden.“ — Die  
Patrie kann gleichwohl erklären, daß der Entschluß des Generals  
Chanzy unwiderruflich gefaßt ist.

Italien.  
Rom, 25. Nov. Man schreibt dem B. V.: Der Pa-  
triarch von Constantinopel, Mgr. Gallo, ist an einem  
linkseitigen Unterarme in das Gehirn schwer erkrankt. — Ueber  
den neuen Erzbischof von Seragewo, Mgr. Stadler, schreibt  
man der „Boce Cattolica“: Der neue Erzbischof hat das 40.  
Lebensjahr noch nicht überschritten, sein Antlitz ist wohlwollend  
und sanft, sein Benehmen ist freundlich und leutselig. Er machte  
die philosophischen und theologischen Studien in Rom im Collegium  
Germanicum, welches er im Jahre 1869 verließ. In seine  
Heimath zurückgekehrt, erhielt er sofort den Lehrstuhl der Dogmatik  
an der Universität zu Agrum. Der heil. Vater, der ein beson-  
deres Interesse für ihn und seine Diocese zeigt, hat ihn schon  
mehrmals in Privataudienz empfangen, ebenso der Cardinal-  
Staatssekretär. Mgr. Stadler hat große Pläne. Sobald er die  
nötigen Mittel beisammen hat, wird er die Kathedrale von  
Seragewo wieder aufbauen, ein Clericalseminar und ein Knaben-  
seminar gründen; diese wird er unter die Leitung der Jesuiten  
stellen, von welchen ihm 16 demnachst nach Bosnien folgen  
werden. Außer den Jesuiten wird er auch Franciscaner zur  
Verbreitung des katholischen Glaubens in diesen Ländern berufen.

Rußland.  
Petersburg, 26. Nov. Gestern Nachmittag durchzog die  
Stadt mit Windeseile folgendes Gerücht: Als der Gehülfe des  
Ministeriums des Innern, der frühere Chef der dritten Abtheilung,  
General Tscherebin, Mittags 12 Uhr das Gebäude der Staats-  
polizei verließ, wurde von einem unbekannten Individuum ein  
Revolvergeschuß abgefeuert, der Tscherebin nach einer Leertat tödt-  
lich, nach der anderen unbedeutend verwundete. Andere meinen,  
die Verwundung sei durch einen Dolchstoß erfolgt. Zum Refort  
Tscherebin's gehört die Staatspolizei. — Einer anderen Mitthei-  
lung zufolge hätte das Attentat auf Tscherebin im Empfangs-  
zimmer des Generals stattgefunden, wo der Attentäter eine Wirt-  
schaft überreichen wollte. Der Revolvergeschuß ging fehl; der  
General blieb unverwundet, da er selbst den Attentäter beim Arm  
ergriff und so die Kugel ablenkte. Der Attentäter wurde festge-  
nommen. Derselbe ist ein vor wenigen Tagen aus Mordank  
hier eingetroffener Gelbmann Namens Nicolai Santow, aus dem  
Gouvernement Grodnob gebürtig. Gleichzeitig verdächtig, um das  
Attentat gewußt zu haben, ist sein Reisebegleiter aus Mordank,  
der Bürger Melnikow. Er ist gestern Nacht verhaftet worden.

### Die Ernteschäden in den Jahren 1878 bis 1880 in Preußen.

In den Nachweisungen, die von den Gemeinden und Guts-  
bezirken über den jährlichen Erntertrag einzureichen sind, wird  
bei denjenigen Fruchtarten, welche in Folge von Pflanzenkrank-  
heiten, Mäuse- oder Fressschaden, Hagelschlag, Ueberschwem-  
mungen und dergleichen eine Minderernte ergeben haben, auch eine  
entsprechende Notiz hierüber verlangt.

Die Zusammenstellung derselben für die letztverflossenen drei  
Jahre ergibt, daß die Gefahren, welche das Getreide den Feld-  
früchten wesentlich beeinflussen, sehr zahlreich sind; denn es wurden  
im Jahre 1878 11,506, 1879 21,506 und 1880 38,717 Fälle  
mitgetheilt, in welchen Guts- und Gemeindebezirke Ernteschäden  
erlitten hatten. Davon entfielen auf

|                                        | 1878  | 1879   | 1880   |
|----------------------------------------|-------|--------|--------|
| Clementar- und Wintergetreide          | 6,637 | 13,992 | 36,214 |
| Pflanzenkrankheiten u. schäd. Pflanzen | 1,060 | 1,562  | 945    |
| schädliche Thiere                      | 3,805 | 5,949  | 1,553  |
| andere Schäden                         | 4     | 3      | 5      |

Am häufigsten treten hiernach die Clementar- und Winterge-  
treide auf. Die starke Zunahme derselben im Jahre 1880 ist  
hauptsächlich den am 18., 19. und 20. Mai eingetretenen, in  
den einzelnen Landestheilen mehr oder minder starken Nachfrösten  
zuzuschreiben. Die Wirkungen derselben waren um so verheerender,  
je weiter die Entwicklung der verschiedenen Getreidearten, insbe-  
sondere des zu dieser Zeit in vielen Gegenden bereits in der  
Aehrenbildung stehenden Roggens vorgeschritten war. Nach den  
erhaltenen Berichten hatten in genanntem Jahre im Staate von  
54,907 Gemeinden- und Gutsbezirken 17,894 oder 32,6 pCt.  
durch Frost und Kälte Ernteschäden erlitten, während im Jahre  
1879 hiervon nur 2027 oder 3,7 pCt. und 1878 nur 3336  
oder 6,1 pCt. betroffen wurden. Am verbreitetsten trat der Frost  
in der Provinz Brandenburg auf, indem von den hier überhaupt  
in Frage kommenden Gemeinden- und Gutsbezirken 63,0 pCt.  
aber durch Frost und Kälte verursachten Ernteschäden berieten.  
Hieran schließen sich die Provinzen Sachsen mit 48,4 pCt., Posen  
mit 44,9 pCt., Westpreußen mit 40,0 pCt., Hannover mit 38,0  
pCt., Westfalen und Pommern mit 33,0 pCt.

Nächst den durch Frost und Kälte verursachten Ernteschäden  
sind die durch Regen und Rasse, Ueberschwemmung und Hagel  
verursachten gleichfalls sehr häufig; denn es betrug die Zahl der  
Gemeinden und Gutsbezirke, die Schäden litten

|                 | 1878     | 1879        | 1880        |
|-----------------|----------|-------------|-------------|
| Regen und Rasse | 965=1,5% | 6,178=11,3% | 8,605=15,7% |
| Ueberschwemmung | 391=0,7  | 1,532=2,8   | 1,845=3,4   |
| Hagel           | 946=1,7  | 1,372=2,5   | 3,433=6,2   |

Der durch Regen und Rasse im Jahre 1880 verursachte Ernte-  
schaden trifft hauptsächlich die Provinzen Schlesien, Ost- und  
Westpreußen, in welchen 1791 bzw. 1639 u. 1366 Bezirke hier-  
unter zu leiden hatten. Es waren dies in Westpreußen 36,9 pCt.,  
in Ostpreußen 20,3 pCt. und in Schlesien 19,3 pCt. von sämt-  
lichen Guts- und Gemeindebezirken.  
Die größte Anzahl der durch Ueberschwemmung im vorigen  
Jahre betroffenen Bezirke, 698 oder 7,5 pCt., weist ferner die  
Provinz Schlesien auf; hieran reiht sich Westpreußen mit 238  
(6,3 pCt.) und demnach Brandenburg und Posen mit je 197  
Gemeinden und Gutsbezirken.

Bei der  
der Provinz  
hervorzuhe-  
besitzte (16  
3,5 pCt.  
verzeichnete  
durch Sage  
Schlesien  
burg (341)  
Von den  
wannen in  
bebeizfähig  
ziehungswei-  
Düsse hein-  
angeführt g-  
in Schlesie  
gewesen.  
Staates, a  
Schaden ve  
Von de  
die durch d  
eine Abnah  
ziehungswei-  
bzw. 334  
Bemerkens  
urfachten S  
und Regen  
auf einen  
nungen zu

Neuß.  
hiesigen Pol  
für ein 6  
2  
4  
1  
31  
1  
Neuß.  
empfehlen a  
enthaltene  
lich er Wo  
Düsseldeo  
Anastitis  
die Themat  
nach Düssel  
lehrt werde  
Lehr gern  
zugleich lehr  
der Bolesku  
Familienmit  
haben.

Neuß.  
tag in der  
wollte sie b  
geringe Pre  
bei Jenem  
rend die Fr  
begab sich i  
welcher die  
Düssel  
garten wur  
alten Mäde  
bei einem bi  
schweren Mi  
dem Laufe  
der Mensch  
aus dem er  
Unterhobe  
sunden wor  
Gerre  
Abend unter  
halb 7 Han  
genen Vieh  
Schneue in  
Umfand, da  
brannte, den  
Schneue so  
angefüllt w  
beschränkt  
Einhalt zu  
sichern. Wi  
aus erflehen  
Schritte we  
lichen Deme  
günstig w  
Wesel  
von Borst  
beim Einfah  
personals, n  
zufolge, nich  
durch diese  
schenfall eben  
Köln,  
entsprechend  
bief es, sei  
mörkern er  
nigsten sofer  
heiten. Der  
Flora wegge  
nung zu erre  
renden Weg  
dem in der  
öffentlichen  
und der Ma  
Diese war ih  
Mehrere in d  
hörten nach  
eiften nach  
fanden hier



